

Editorial

Ein bewegtes Jahr

Im Berichtsjahr wurden entscheidende personalpolitische Entscheide gefällt. Mit der Verankerung eines zuverlässigen Lohnanstiegs im Personalgesetz konnte ein markanter Erfolg für den BSPV verbucht werden. Die Regierung und das Parlament haben die Lohnproblematik des Kantons Bern erkannt und die Grundlagen für eine verlässliche Gehaltsentwicklung beschlossen.

Von Peter Bernasconi, Präsident



Das Kantonspersonal steht zusammen und fordert Perspektiven für den Kanton Bern.

Foto: Adrian Moser

In der Spardebatte um das Budget 2014 wurde die Lohnentwicklung für das Personal nicht in Frage gestellt. Im Gegenzug wurden aber harte Sparsentscheide für die Berner Bevölkerung gefällt. Von diesen ist auch das Kantonspersonal stark betroffen. Einige bereits in diesem Jahr, einige in den kommenden. Es ist eine Kernaufgabe des BSPV, seine Mitglieder bei Stellenaufhebungen, Pensenreduktionen und Versetzungen zu beraten.

Das zentralste Geschäft des Berichtsjahres ist die Verabschiedung des neuen Pensionskassengesetzes durch den Grossen Rat in der Septembersession. Der unerfreuliche Primatwechsel soll durch erhebliche Beiträge des Kantons an die Deckungslücken der beiden Kassen kompensiert werden. Zudem ist eine hohe Summe vorgesehen, um die zur Zeit in Aussicht gestellten Renten auch weiterhin beibehalten zu können. Fakt bleibt aber, dass die Erhöhung des

Rentenalters von 63 auf 65 Jahre ein entscheidender Nachteil ist.

Im Jahr 2014 wird darüber entschieden werden, ob die Stimmberechtigten des Kantons Bern das neue Gesetz akzeptieren. Zudem wird an der Abgeordnetenversammlung meine Nachfolge bestimmt. Das Berichtsjahr ist somit mein letztes volles Amtsjahr als Verbandspräsident. Es war ein personalpolitisch eminent wichtiges Jahr.

2 Lohnentwicklung Revision LAG (PG)

Der Regierungsrat legt eine Revision des Lehreranstellungsgesetzes für eine verlässliche Lohnentwicklung vor.

3 Kundgebung Stopp Abbau

20 000 Angestellte fordern verlässliches Leistungsangebot: konkurrenzfähige Löhne, tragbare Arbeitsbedingungen.

4 PGK Neues PKG

Hauptvorlage, Eventualantrag, Referendum – eine Lösung für das Pensionskassengesetz ist noch nicht in Sicht.

Hinweis Jahresrechnung

Die Verbandsrechnung 2013 schliesst erfreulicherweise mit einem Gewinn ab. Details auf Seite 12.

Verlässliche Anstellungsbedingungen erkämpft

Im November 2011 reichten die Personalverbände ihre Initiative für faire Löhne ein. Als Reaktion darauf legte der Regierungsrat eine Revision des Lehreranstellungs- und des Personalgesetzes vor. Diese beinhaltete eine verlässlichere Lohnentwicklung.

Als Reaktion auf die Lohninitiative der Personalverbände konfrontierte der Regierungsrat die Finanz- und die Oberaufsichtskommission mit harten Fakten über die unbefriedigende Lohnsituation des Kantonspersonals. Eindrücklich wurde dargelegt, dass nach elf Jahren Anstellungsdauer Lehrerinnen und Polizisten im Kanton Bern schweizweit die tiefsten Löhne haben. Die Finanzdirektion wies nach, dass das Personal in den letzten Jahren durch einen ungenügenden Lohnanstieg insgesamt rund drei Milliarden Franken an die Sanierung der Kantonsfinanzen beigetragen hatte.

Verlässlicher Lohnanstieg

Dann legte der Regierungsrat mit seinem Vernehmlassungsvorschlag eine Lösung vor, die leicht weiter ging als die Forderungen der Initiative. Er sah ursprünglich einen Lohnanstieg von 8 x 4, dann 7 x 3 und 12 x 2 Stufen vor. Nach 27 Jahren sollte mit guten und sehr guten Leistungen das Gehaltsmaximum von 160% des Grundlohns erreicht werden.

Mit einer zuverlässigen Lohnentwicklung wird allerdings der Schaden nur für die Zukunft behoben. Für den Ausgleich der Lohndelle – der Differenz zwischen dem effektiven und dem zu erwartenden Lohnanstieg der letzten 12 bis 15 Jahre – sind noch keine Mittel in Sicht. Das ist hart.

Vorgesehener Gehaltsstufenanstieg

Jahr	Budgetiert	Aus Rotationsgewinn	Total	Gehaltsstufen im Schnitt
2014	1,0%	0,5%	1,5%	3
2015	0,9%	0,6%	1,5%	3
2016	0,7%	0,8%	1,5%	3
2017	0,7%	0,8%	1,5%	3

Regierung zu kompromissbereit

Da die Reaktionen der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaftsverbände sehr kritisch ausfielen, verschlechterte der Regierungsrat die Vorlage, die er dem Parlament vorlegte. Er dämpfte den vorgesehenen raschen Gehaltsstufenanstieg ab. In der Januarsession wurde dann selbst eine Minilösung, die bloss die Verwendung der Fluktuationsgewinne für den Gehaltsaufstieg vorsah, abgelehnt. Die Personalvertreter waren ab dieser Arroganz der bürgerlichen Ratsmehrheit völlig perplex.

Unerwartete Wende

Die Stopp-Abbau-Demo vom 16. März, die intensiven Interventionen des Erziehungsdirektors, der nicht nachlassende Einsatz der Personalverbände und die Einsicht besonnener Politiker führte im Juni zu einer unerwarteten Wende. Mit 17 zu 0 Stimmen verabschiedete die Kommission einen Kompromissvorschlag der BDP. Dieser sieht einen verlässlichen Lohnanstieg bei guter Finanzlage vor. Der Gehaltsanstieg soll jährlich 1,5 Prozent betragen. Darin eingeschlossen ist die Verwendung der Fluktuationsgewinne. Zusätzlich besteht künftig die Möglichkeit der Verwendung von Zusatzmitteln für all jene, die sich in der Lohndelle befinden (vgl. Kasten – diagonal 4/13, Seite 5). Mit grossem Mehr stimmte der Grosse Rat dieser Lösung in der Septembersession zu.

Fehlender Teuerungsausgleich

Haben die Personalverbände nun alles erreicht? Beileibe nicht. Das neue Gesetz sieht keine verpflichtende Regelung – Automatismus – vor. Der Regierungsrat und der Grosse Rat müssen künftig leih halten. Die 1,5% Lohnsummenwachstum sind das absolute Minimum. Zudem sind die Zusatzmittel für die Lohnrückstände noch nicht in Sicht. Und nicht diskutiert wurde der Teuerungsausgleich, da die Jahresteu-erung in den letzten Jahren ausserordentlich gering war.

Personalgesetz Artikel 75 neu

- 1 Der Regierungsrat legt jährlich den Anteil der Gehaltssumme fest, der für den generellen und individuellen Gehaltsaufstieg zur Verfügung steht.
- 2 Der Anteil für den individuellen Gehaltsaufstieg wird so festgelegt, dass die Ziele des Gehaltssystems erreicht werden können.
- 3 In ausserordentlichen Finanzlagen kann der Anteil reduziert werden. Zumindest der Gehaltsaufstieg, der sich innerhalb der im genehmigten Voranschlag eingestellten Lohnsumme finanzieren lässt, ist jedoch zu gewähren.
- 4 Der Regierungsrat kann zur Aufhebung von Gehaltsrückständen zusätzlich Mittel zur Verfügung stellen.
- 5 Der bisherige Absatz 2 wird zu Absatz 5.

Stopp Abbau: 20 000 Angestellte demonstrieren auf dem Bundesplatz

Ein verlässliches Leistungsangebot, konkurrenzfähige Löhne und tragbare Arbeitsbedingungen waren die Hauptforderungen der Demonstration vom 16. März auf dem Berner Bundesplatz.

Voll besetzte Busse aus dem Berner Jura, 600 Polizistinnen und Polizisten in Uniform, eine Gruppe Förster in ihren roten Jacken, Lehrerinnen und Strassenmeister, Pflegefachfrauen und Rentner mit Transparenten, Hebammen und Professoren beeindruckten mit ihrem Aufmarsch. Die Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen im Kanton Bern und den fehlenden Perspektiven für die Zukunft vermochte stark zu mobilisieren. In der PostFinance-

Arena des SCB hätte die Menge nicht Platz gehabt. Das war ein starkes Zeichen.

Erstmals wieder nach elf Jahren

Im Jahr 2002 war der Bundesplatz bei der VETO-Kundgebung fast so voll wie elf Jahre danach. Das hat damals auch Wirkung gezeigt. Über zehn Jahre haben die Personalverbände nur kleinere und punktuelle Aufmärsche durchgeführt. Aber 2013 ist das Fass eben übergelaufen: Die

fehlenden Lohnperspektiven, die drohenden Verschlechterungen bei den Pensionskassen, die Auswirkungen der Sparpakete und die zum Teil enorme Belastung am Arbeitsplatz sind nicht mehr länger tragbar.

Mobilisierung gelungen

In einem instruktiven Demo-Aufruf wurden die Fakten auf den Tisch gelegt: Der Lohnrückstand auf das schweizerische Mittel beträgt in gewissen Branchen bis zu zwei Monatsgehälter. Der jährliche Gehaltsaufstieg betrug seit der Einführung des Gehaltssystems BEREBE im Jahr 1997 durchschnittlich bloss 0,8%. Der Vollzug der BEREBE-Ziele bedingt jährlich 1,5%. Diese Differenz hat in den letzten Jahren weit über drei Milliarden Franken gekostet. Nicht den Kanton, sondern die Angestellten.

Wirkung gezeigt

Die grösste Demonstration in der Schweiz seit über zehn Jahren fand grosse mediale Beachtung. Sogar in der Tageschau des Schweizer Fernsehens wurde über die Anliegen der Personalverbände berichtet. Und ganz sicher hat der Aufmarsch bewirkt, dass beim Personalgesetz endlich eine verlässlichere Lösung gefunden wurde und beim Pensionskassengesetz ansehnliche Übergangsmassnahmen vorgeschlagen wurden.

Elfmal Nein

Mit einem lautstarken und mächtigen Nein haben sich die Kundgebungs teilnehmenden ganz am Schluss der Redebeiträge zu den folgenden Fragen von BSPV-Geschäftsführer Matthias Burkhalter geäußert:

- 1 Soll der Kanton Bern seinen Service public abbauen und soll er weitere Spitäler schliessen?
- 2 Soll der Kanton Bern die Ausgaben bremsen und die Subventionen an Heime und Quartierorganisationen senken?
- 3 Soll der Kanton Bern weitere Sparmassnahmen in den Bereichen Akut-, Langzeitpflege und der Spitex beschliessen?
- 4 Soll der Kanton Bern das Budget mit aller Gewalt ausgleichen und dem Personal keinen Lohnanstieg gewähren?
- 5 Soll der Kanton Bern einen Primatwechsel bei den Pensionskassen erzwingen und die Renten um 30 Prozent kürzen?
- 6 Soll der Kanton Bern seine Steuern senken und die Kulturausgaben einfrieren?
- 7 Soll der Kanton Bern seine Schulden auf dem Buckel des Personals abbauen?
- 8 Soll der Kanton Bern seine Personalgesetze weiter liberalisieren und die Arbeitsbedingungen verschlechtern?
- 9 Soll der Kanton Bern Stellen abbauen und die Belastung am Arbeitsplatz steigern?
- 10 Soll der Kanton Bern aus Kostengründen seine Ärztinnen und Ärzte weiterhin über 60 Stunden pro Woche arbeiten lassen?
- 11 Soll der Kanton Bern Geld bei der Bildung sparen und Schulklassen schliessen und die weiter erhöhen?

Pensionskassengesetz auf dem Prüfstand

Nach langen ideologischen und sehr technischen Auseinandersetzungen in den vorbereitenden Gremien legte der Regierungsrat dem Parlament im Juni ein völlig neues Pensionskassengesetz vor.

Das neue Pensionskassengesetz ist das bedeutendste Personalgeschäft der letzten 50 Jahre. Es geht um hohe Summen, massive Einschnitte und eine nicht absehbare Zukunft. Alle Vor- und Nachteile des neuen Systems sind von der Wirtschafts- und Lohnentwicklung stark abhängig. Unsichere Prognosen bilden das Fundament der neuen Pensionskassenregelungen.

Zum Primatwechsel gezwungen

In einer harten ideologischen Auseinandersetzung forderte der Grosse Rat mehrfach gegen den Willen der Regierung den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat. Die darauf folgende Gesetzesausarbeitung wurde durch zwei unerwartete Ereignisse massiv beeinflusst.

Zunächst zeichnete sich ab, dass die beiden bernischen Pensionskassen BPK und BLVK über längere Zeit nicht jene Zinserträge zu erwirtschaften vermögen, die den Rentenberechnungen zu Grunde liegen. Damit stieg die Deckungslücke immer weiter an.

In der Abschlussphase kam dann noch eine Änderung des Bundesgesetzes über

die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) hinzu. Die Bundesbehörden zwingen alle öffentlich-rechtlichen Kassen zu einer hohen Ausfinanzierung. Die Staatsgarantie als Sicherheit für die Rentenversprechungen verliert zunehmend an Bedeutung.

Harte Linie des Grossen Rates

Das BVG fordert, dass die bernischen Pensionskassen einen Deckungsgrad von mindestens 80% innert 40 Jahren zu erreichen haben. Der Grosse Rat trat nicht auf diesen Sanierungsrahmen ein. Er setzte sich selbst engere Grenzen und bestand auf einer Ausfinanzierung auf 100%. Zudem reduzierte er die Sanierungsfrist auf 20 Jahre. Erst dadurch entsteht ein massiver Mittelbedarf und sofortiger Sanierungsdruck. Wenn die Pensionskassenvermögen in kurzer Frist mit zusätzlichen Milliarden hinterlegt werden müssen, haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer diese zusammen zu erwirtschaften. Dies führt voraussichtlich zu erheblichen Lohnabzügen für das Personal.

Ernüchternde Bilanz

Das Resultat nach der ersten Lesung des Gesetzes im Grossen Rat war ernüchternd. Eine erste Bilanz ergab folgende Resultate:

- altersabhängige Lohnabzüge
- Erhebung von Finanzierungsbeiträgen
- höheres Rentenalter
- längere Beitragsdauer
- möglicherweise tiefere Renten
- kein Teuerungsausgleich für Rentenbezüger
- Anlagerisiko bei den Versicherten
- Wegfall der Überbrückungsrente

Diesen Verschlechterungen standen aber auch erhebliche Zusicherungen gegenüber:

- Ausfinanzierung der Deckungslücke bei den Rentnern
- Übergangseinlage (Besitzstand)
- Beibehaltung Sonderregelung Polizei

Entwicklung des Deckungsgrads:

	BPK ¹	BLVK ²
31.12.05	108,0%	86,4%
31.12.06	109,0%	89,6%
31.12.07	104,7%	88,6%
31.12.08	87,3%	73,5%
31.12.09	90,1%	82,1%
31.12.10	88,1%	78,8%
31.12.11	86,1%	78,8%
31.12.12	78,8% ³	83,7%
31.12.13	83,4%	81,0%

- 1 Bernische Pensionskasse (BPK)
- 2 Bernische Lehrerversicherungskasse (BLVK), inkl. Sanierungsbeiträge
- 3 Der Deckungsgrad entwickelte sich auf 90,4%. Durch die Senkung des technischen Zinssatzes von 3,5 auf 2,5% verringerte sich der Deckungsgrad trotz erfreulicher Kapitalerträge.

Hauptvorlage	Eventualantrag
Einlage von 1,7 Mia Franken für die Deckungslücke bei den Rentnern (auf der Basis eines fiktiven technischen Zinssatzes von 3,0%)	Einlage von 1,3 Mia Franken für die Deckungslücke bei den Rentnern (auf der Basis eines noch fiktiveren technischen Zinssatzes von 3,5%)
Einlage von 0,5 Mia Franken für die Wahrung des Rentenbesitzstandes (alte Rente mit 63 = neue Rente mit 65)	Einlage von 0,5 Mia Franken für die Wahrung des Rentenbesitzstandes (alte Rente mit 63 = neue Rente mit 65)
Beteiligung des Arbeitgebers an die Kosten des Finanzierungsplans von 50-60%	Beteiligung des Arbeitgebers an die Kosten des Finanzierungsplans von 50%



Die Abgeordneten des BSPV wollen eine sozialverträgliche Lösung für das Personal.

Foto: Zryd

Der Grosse Rat verabschiedete wider ungenügende Regelungen. So wird besseres Wissen der Beitrag an die Schliessung der Deckungslücke auf den laufenden Renten auf der Basis eines fiktiven Technischen Zinssatzes von 3,0 Prozent ausgerichtet. Effektiv liegt dieser bei 2,5 Prozent. Dadurch ist der Fehlbetrag für die Deckung der laufenden Renten höher. Es fehlt also mehr Geld als der Grosse Rat bei seinem Beschluss angenommen hat. Das heisst, dass die Aktiven jährlich einen Betrag von 20 Millionen aufbringen müssen, um die bereits laufenden Renten zu finanzieren.

Frustrierend war es für die Personalvertreter im Grossen Rat, dass der überwiegende Teil ihrer Anträge zur Verbesserung der Vorlage ohne sachliche Gegenargumente einfach abgeschmettert wurden.

Referendum ja oder nein?

Nach der ersten Lesung des neuen Gesetzes gab es in den Reihen der Personalverbände fundierte Argumente für ein Referendum gegen die neue Lösung. Etliche Mitglieder der Verwaltungskommissionen der beiden Kassen unterbreiteten gut durchdachte Alternativen. Aber auch zahlreiche Einzelmitglieder analysierten die Resultate aus ihrer Sicht sehr kritisch.

Es zeichnete sich die Möglichkeit ab, dass wohl erstmals in der Geschichte des

Kantons Bern der BSPV und die SVP zusammen oder getrennt ein Referendum gegen die Vorlage einreichen könnten.

Karten liegen auf dem Tisch

Im September verabschiedete das Kantonsparlament das neue Pensionskassengesetz definitiv. Das Gesetz sieht zwei Varianten vor: einen Haupt- und einen Eventualantrag. Ohne Referendum wäre der Hauptvorlage auf den 1. Januar 2015 in Kraft getreten. Da das Referendum von rechtsbürgerlichen Kreisen erzwungen wurde, wird das Volk im folgenden Jahr über beide Varianten befinden. Es kann beide, eine oder keine Lösung annehmen. An einer ausserordentlichen Abgeordnetenversammlung am 12. September beschlossen die Delegierten nach sorgfälti-

gem Abwägen von Vor- und Nachteilen einstimmig auf ein Referendum zu verzichten. Da dieses nun von rechtsbürgerlichen Kreisen trotzdem zustande gekommen ist, gilt es, im folgenden Jahr dazu Stellung zu beziehen und den Abstimmungskampf zu führen.

Ungewisse Aussichten

Ob ein neues Gesetz auf den 1. Januar 2015 in Kraft gesetzt werden wird, ist für alle Seiten noch ungewiss. Und auch die Übergangsregelungen zur Abfederung der Leistungs- und Beitragsverschlechterungen sind vom Regierungsrat noch nicht verabschiedet. Das schafft für das Personal, das einen vorzeitigen Ruhestand in Erwägung zieht, grosse Unsicherheit.

Folgen der Abstimmung

Ja zur Hauptvorlage	Ja zum Eventualantrag	Doppeltes Nein
Beitragsprimat	Beitragsprimat	Leistungsprimat
1,7 Milliarden + 500 Millionen	1,3 Milliarden + 500 Millionen	Unklare Situation
Finanzierungsbeiträge auf dem versicherten Verdienst:	Finanzierungsbeiträge auf dem versicherten Verdienst:	Finanzierungsbeiträge auf dem versicherten Verdienst:
1,2 bis 1,5%	1,7 bis 2,0%	3,6 bis 4,5%

(Zahlen gemäss Grossratsbeschluss September 2013)

Überbordendes Sparen kann teuer werden

Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP 2014) heisst das jüngste Sparpaket des Regierungsrates. Dieses hat harte Auswirkungen. Auch auf das Kantonspersonal.



Sparpakete und Abbau – Jetzt reicht's!

Foto: Adrian Moser

Das Lohnsummenwachstum 2014 wurde im Sparpaket ASP nicht angetastet. Andere Bereiche betreffen das Personal aber hart. Nicht immer sofort, nicht immer vollumfänglich, nicht immer untragbar, aber in jedem Fall demotivierend, belastend und in einigen Fällen nicht akzeptierbar.

Rationale Zahlenbasis

Mit Akribie haben Basler Wissenschaftler die Kosten von zahlreichen Dienstleistungen aller Kantone verglichen. Nicht in allen Bereichen wurde auf die aktuellsten Zahlen zurückgegriffen. Und nicht überall

lassen sich Kosten eins zu eins direkt vergleichen. Die Kosten der Zweisprachigkeit treten in Ostschweizer Kantonen schlicht nicht auf. Und der Aufwand für die Jagd dürfte im Kanton Basel-Stadt gering sein. Und noch kleiner ist dort der Betrag für die Lawinenverbauungen. Kurz, jeder Kostenvergleich zwischen den Schweizer Kantonen muss mit Vorbehalt betrachtet werden.

Bern kann sich nicht alles leisten

Als die Kosten aller Aufgabenfelder durch die externen Experten definiert und ein schweizerisches Mittel von 100 Prozent

festgelegt waren, setzte der Regierungsrat für den Kanton Bern eine Limite von 92% dieser Durchschnittskosten. Mehr sei nicht finanzierbar. Bern mit seiner grossen Ausdehnung, der kulturellen Vielfältigkeit und den weiten Randgebieten muss also mit weniger Geld auskommen als zentral gelegene und kompakte Kleinkantone. Dies einfach deshalb, weil die Steuereinnahmen in unserem Kanton zu gering sind. Zusammen mit den Geldern aus dem Nationalen Finanzausgleich kann sich der Kanton Bern über die Jahre hinweg eben bloss einen Leistungsstandard von 92%

der Durchschnittsausgaben aller Kantone leisten.

Der Regierungsrat hat anschliessend mögliche Sparmassnahmen in zwei Töpfe eingeteilt. Im Topf 1 befanden sich jene Projekte, die aus der Sicht der Regierung umsetzbar waren. Die daraus resultierenden Einsparungen wurden in den Vorschlag 2014 eingebaut. Im Topf 2 waren Massnahmen, die der Regierungsrat als nicht umsetzbar bezeichnete.

Willkürliche Parlamentsentscheide

In recht willkürlicher Wildwest-Manier strich der Grosse Rat einige Massnahmen

aus dem Topf 1 und kompensierte sie mit Massnahmen aus dem Topf 2. Zudem wurden eigene Sparideen entwickelt und vorgegeben. Massiv betroffen ist das Personal der Psychiatrie. Aber auch der Abbau von Pfarrstellen, Fischereiaufsehern, Lehrkräften, Forstarbeitern schwächt den Service public erheblich. Eine geringe Steuererhöhung wäre in einer Volksabstimmung all diesen Abbaumassnahmen sicher vorgezogen worden.

BSPV schaut genau hin

Der BSPV wehrt sich nicht prinzipiell gegen den Abbau von Stellen. Wenn die Betroffenen rechtzeitig informiert – die Stel-

lenvermittlungsverordnung spricht von 12 Monaten –, gut betreut und beraten, intern oder extern weitervermittelt werden, so dass niemand seine Arbeit verliert, dann und nur dann, ist ein Stellenabbau für den BSPV tragbar. Allen Betroffenen bietet die Geschäftsstelle ihre Beratung an und bei Bedarf auch die externe rechtliche Unterstützung.

Über die Auswirkungen dieser harten Sparrunde und über nötig werdende Korrekturen werden wir sicher nächstes Jahr zu berichten haben.

Demonstration, neues Pensionskassengesetz und Sparpakete

Zahlreiche wichtige personalpolitische Geschäfte standen dieses Jahr in der Geschäftsleitung, im Zentralvorstand und an der Abgeordnetenversammlung zur Diskussion. Die Geschäftsstelle war aktiv an der Vorbereitung und Umsetzung der Beschlüsse der Verbandsorgane tätig. Und in den Sektionen wurde aktiv an der Interessenvertretung der Mitglieder mitgewirkt.

Geschäftsstelle

Auf der Geschäftsstelle kam es erneut zu einem Wechsel. Mila von Allmen hat ihre wohlverdiente Pensionierung angetreten. 1999 hat sie im Sekretariat des BSPV angefangen. Durch ihre langjährige Mitarbeit hat Mila von Allmen die Mitglieder, die Probleme und die Arbeiten des BSPV in- und auswendig gekannt und ihre Arbeit mit Umsicht und Geschick erledigt. Ihre Nachfolge im Sekretariat trat Sabine Ritz an.

Geschäftsleitung

Erich Frauenfelder, Otto Aeby und Erwin Balsiger haben im Geschäftsjahr ihre Amtszeitbeschränkung erreicht. Jahrelang haben diese drei in der Geschäftsleitung

des BSPV für viele positive und konstruktive Anregungen und Impulse gesorgt. Die neuen Geschäftsleitungsmitglieder sind gewählt worden und bringen gute Voraussetzungen mit. Die Präsidentin des Pfarrvereins, Barbara Schmutz, hat ein gutes Augenmass und viel Leidenschaft für die Anliegen des Kantonspersonals. Der Präsident des Kantonal-Bernischen Strassenmeisterverbandes, Stefan Egger, kennt die Begehren der handwerklich tätigen Kantonsmitarbeiter bestens und kann dadurch deren Standpunkt effizient vertreten. Giorgio Insom ist Vizepräsident der Sektion HTP/Insel und ersetzt Otto Aeby aus derselben Sektion, was für den BSPV viele Vorteile bringt. Obwohl die Amtszeit von Erwin Balsiger in der Geschäftsleitung ab-

läuft, ist er einverstanden, weiterhin als Verbandskassier zu fungieren.

Im Berichtsjahr trafen sich die neun Mitglieder der Geschäftsleitung zu insgesamt neun Sitzungen. Die Hauptthemen der Geschäftsleitung waren die Kundgebung vom 16. März, das Pensionskassengesetz mit der Referendumsfrage, das Lehreranstellungsgesetz mit der Änderung des Personalgesetzes und die Sparpakete.

Rechtsschutz

Dem Rechtsschutzausschuss des BSPV wurden im Berichtsjahr 90 (Vorjahr 93) Geschäfte zum Entscheid oder zur Kenntnisnahme vorgelegt. Es wurden 25 (20) neue Rechtsschutzgesuche behandelt. Stark betroffen waren Polizistinnen und

Polizisten sowie Mitglieder des Pfarrvereins. Es konnten insgesamt 17 (22) Fälle abgeschlossen werden. Der älteste Fall stammt aus dem Jahr 2007 und wird voraussichtlich im nächsten Jahr endlich abgeschlossen.

Zentralvorstand

Der Zentralvorstand (ZV) traf sich am 2. Mai zur Frühjahressitzung in Bern. Besonders die Pensionskassenfrage und die Revision des Lehreranstellungsgesetzes mit dem veränderten Lohnaufstieg des gesamten Personals beschäftigten den Zentralvorstand. Obwohl der Regierungsrat den Vernehmlassungsvorschlag zum Pensionskassengesetz noch erheblich verschlechtert hatte, war dieser noch immer ein guter Kompromissvorschlag. Der Zentralvorstand schob aber seine definitive Stellungnahme auf.

An der ZV-Sitzung vom Mai kam es zu den bereits genannten Änderungen in der Geschäftsleitung. Peter Bernasconi gab gleichzeitig bekannt, dass er im Jahr 2014 mit dem Ende seiner Legislatur im Grosse Rat auch den Rücktritt als Präsident des BSPV geben wird.

Die Sektion Bibliothekare hatte den Antrag gestellt, dass der Bezug von REKA-Checks auf Fr. 1000 mit einem Rabatt von 5% oder Fr. 1500 erhöht werden solle. Anhand einer Datenauswertung wurde veranschaulicht, weshalb die Geschäftsleitung die Anträge ablehnt. Die Zusatzkosten für den BSPV bei einer Verdoppelung des Rabatts oder der Bezugsmenge der REKA-Checks würden sich auf 15 000 Franken belaufen. Mit allen gegen 2 Stimmen, lehnte der Zentralvorstand die Anträge der Sektion Bibliothekare ab und beschloss, den Status Quo beim Bezug der REKA-Checks.

Am 18. Oktober traf sich der Zentralvorstand erneut. Wiederum stand das Pensionskassengesetz im Mittelpunkt der Beratungen. In der Septembersession hatte der Grosse Rat das Gesetz definitiv verabschiedet. Die Inkraftsetzung wurde durch das Ergreifen des Referendums unterbrochen. Das ergriffene Referendum bringt für den BSPV neue Herausforderungen.

Die Frage, wie abgestimmt werden soll, konnte noch nicht beantwortet werden. Zuerst musste man abwarten, ob die 10 000 Stimmen überhaupt gesammelt würden. Das Lehreranstellungsgesetz und indirekt auch das Personalgesetz wurden verabschiedet und werden umgesetzt. Nach dem neuen Personalgesetz können im Schnitt jedes Jahr drei Gehaltsstufen vergeben werden. Das ist ein erfreuliches Resultat des unermüdlichen Einsatzes des BSPV.

Abgeordnetenversammlung

Am 21. Juni trafen sich 109 stimmberechtigte Abgeordnete des BSPV zur jährlichen Versammlung im Rathaus. Als Gastredner trat Regierungsrat Bernhard Pulver auf. Er informierte die Abgeordneten über die aktuelle politische Situation. Nach der ersten Lesung seien die Folgen des Pensionskassengesetzes für das Personal nicht erfreulich. Der Grosse Rat habe sich in der Junisession gegen den Vorschlag des Regierungsrates, die Sanierung der Pensionskassen innerhalb von 38 Jahren vorzunehmen, für eine viel kürzere Frist von 20 Jahren entschieden. Die Regierung werde aber bei der zweiten Lesung im September nochmals versuchen, die Sanierungsfrist der Pensionskassen zu verlängern. Und beim Lehrerstellungs- und beim Personalgesetz sah der Grosse Rat vorerst noch keine Verbesserungen für das Personal vor. Doch bekräftigte der Regierungsrat seinen Willen die Erhöhung der Lohnsumme um 1,5 Prozent sicherstellen. Er war überzeugt, dass dies auch im Rahmen des ASP-Programms möglich sein werde.

Ob nun in der PK-Frage ein Referendum ergriffen werden sollte oder nicht, wurde zu diesem Zeitpunkt nicht festgelegt. Der ZV beschloss, die zweite Lesung abzuwarten.

Ebenso wurde die Revision der Statuten von der Abgeordnetenversammlung einstimmig angenommen.

Eine ausserordentliche Abgeordnetenversammlung wurde am 12. September einberufen. Es nahmen 83 Stimmberechtigte teil. Es galt die Resultate der zweiten

Lesung des PKG und des LAG/PG zu analysieren und die gegebenenfalls notwendigen Massnahmen zu beschliessen. Die aktuelle finanzpolitische Situation liess kaum Spielraum für Alternativen zum verabschiedeten Pensionskassengesetz. Die Abgeordneten stimmten einstimmig gegen das Ergreifen eines Referendums durch den BSPV.

Sektionen

Die Sektionen bilden nach wie vor das Rückgrat des BSPV. Durch die Sparpakete und das drohende doppelte Nein beim Pensionskassengesetz stehen jedoch harte Zeiten für das Kantonspersonal bevor. Die Sanierung der Pensionskassen kann für das Kantonspersonal enorm teuer werden. Und auch das ASP hat negative Folgen für die Kantonsangestellten. Bis in vier Jahren sollen weit über 600 Stellen abgebaut werden. Ein solcher Abbau ist für den BSPV nur dann umsetzbar, wenn zugleich auch die Leistungen abgebaut werden. Zudem darf der Abbau zu keinen Kündigungen führen. Besonders hart betroffen sind die **Angestellten der Psychiatrie**. Es drohen 50–60 Stellenverluste. Die Direktoren der drei Anstalten sind stark gefordert. Es müssen sozialverträgliche Lösungen gefunden werden. Im **PZM** wird eine ganze Abteilung geschlossen. Für 20 Angestellte müssen neue Arbeitsplätze gefunden werden. Und der langjährige Präsident der Sektion PZM, Fritz Hodler, geht Anfang 2014 in Pension. Hier konnte aber ein Nachfolger gefunden werden. Ganz anders bei der Vereinigung Bernischer Ortsgruppen **VBOG**. Der **VBOG** war eine grosse Sektion mit fast 1000 Mitgliedern. Die Sektion musste sich im Geschäftsjahr auflösen, da kein Präsident mehr gefunden werden konnte. Die Mitglieder bleiben dem Verband erhalten; als Einzelmitglied oder als Mitglied einer anderen Sektion. Der Kanton Bern stellt immer mehr Akademiker an. Wo hartes Zupacken gefragt ist, werden die Arbeiten immer mehr ausgelagert. Sei es im Forst oder auf der Strasse. Die Mitarbeiter des **Bernischen Staatsforstes** mussten sich bereits zwei Reorganisationen stellen. Viele haben ihre Stelle



Der Präsident und der Geschäftsführer des BSPV wollen die optimalste Lösung. Foto: Ritz

verloren. Gerade ein Drittel ist noch übrig. Die Sektion hofft auf eine Arbeitsplatzsicherung. Bei den vielen Entlassungen sind sozialverträgliche Lösungen zu finden. Im **Jagdinspektorat** sind es sechs von rund 40 Stellen. Bei der **Polizei** sind es fast hundert, darunter allerdings auch einige noch nicht besetzte. Beim **Strassenunterhalt** gehen 20–25 Stellen verloren. Unter Beschuss stehen auch die **Pfarrer**. Weil das Kirchenbudget praktisch nur aus Personalausgaben besteht, sollen zirka 30 Stellen gestrichen werden. Der Personalbestand der Fischereiaufseher verringert sich bis Ende 2017 um 14% bis 21%. Da es bloss 14 **Fischereiaufseher** gibt, wird dieser Bereich prozentual gesehen, viel härter betroffen als beispielsweise die Zentralverwaltung oder das **Polizeikorps**.

An der Hauptversammlung der **Betreibungsweibel** wurde der Antrag gestellt, dass bei der Revision des Pensionskassengesetzes für Weibel die gleiche Sonderregelung wie für das Polizeikorps gelten soll. Das heisst, dass die maximale Rente bereits drei Jahre früher erreicht werden könnte. Die Betroffenen und deren Arbeitgeber müssten jedoch zusätzlich 1,5% des versicherten Lohns in die Pensionskassen einzahlen. Geschäftsführer Matthias Burkhalter sieht die gleiche Problematik

auch bei den **Strassenmeistern** oder den **Forstwarten**. Denn auch sie sind einer hohen physischen oder auch psychischen Belastung ausgesetzt. Er hat einen Antrag für diese Anpassung bei den Beratungen des Pensionskassengesetzes eingereicht. Dieser wurde leider abgelehnt.

Die **Lehrwerkstätten Bern (LWB)** konnten im Geschäftsjahr ihr 125-jähriges Bestehen feiern. Während zehn Tagen konnten Interessierte die LWB an den «Wochen der offenen Tür»s direkt erleben. Die Sektion der **Bernischen Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber** hat einen Höchststand von 40 Aktiven erreicht. Zehn Neueintritte und drei Abgänge sind im 2013 zu verzeichnen. Und auch die Sektion **HTP** wurde stärker. Durch den Zusammenschluss des handwerklich technischen Personals und dem Inselspital zählt die Sektion nun über 220 Mitglieder. Bei der Sektion Höhere Angestellte Bern konnte die Vizestaatschreiberin des Kantons Bern, Christine Aeschmann, als Präsidiums-Nachfolgerin von Max Suter gewonnen werden.

Gemäss den neu festgelegten Statuten hat die **Rentnervereinigung** mit ihren über 1800 Mitgliedern nun den Status einer Sektion und gleichzeitig Anspruch auf einen Sitz in der Geschäftsleitung. Diese

Statusänderung spiegelt nicht nur die Grösse der Sektion wieder, sondern auch ihre ausgebauten Aktivitäten. Beispielsweise hat sich die Rentnervereinigung aktiv und auf eigene Kosten an der Kundgebung vom 16. März engagiert. Im Gegensatz zu anderen Personalverbänden hat der BSPV eine sehr aktive Rentnervereinigung. Die grosse Solidarität der Pensionierten mit den Aktiven ist sehr erfreulich. Während des Geschäftsjahres wurden diverse Anlässe von der Rentnervereinigung durchgeführt, an denen alle pensionierten BSPV-Mitglieder teilnehmen konnten.

Die **Wildhüter** kämpfen entschlossen für ihre Anliegen. Erfolgreich. Die Kilometerentschädigung für den Gebrauch von Privatfahrzeugen wurde lange als ungenügend kritisiert. Neu werden Dienstfahrzeuge zur Verfügung gestellt. Bei der Gehaltseinreihung besteht jetzt die Möglichkeit eines Aufstiegs nach absolvierter eidgenössischer Berufsausbildung. Mit Hilfe des BSPV wurden diese Verbesserungen nach fünf Jahren erzielt.

Ein kleiner aber wertvoller Erfolg für den hartnäckigen Einsatz und die jahrelange Zusammenarbeit mit dem VPOD ist die Umsetzung des sogenannten Orange-Urteils für das Kantonspersonal: Die Zulagen für Nacht- und Wochenendarbeit sowie die Pikettdienstzulagen wurden um 10,64% erhöht. Für viele Kantonsangestellte ist dieser Zusatz enorm wichtig.

Die Aufzählung von Sektionsaktivitäten und der durch die Sparprogramme Betroffenen ist nicht abschliessend. In den nächsten Jahren muss im Kanton Bern gespart und die Pensionskassen saniert werden. Viele werden hart betroffen sein. Der Personalabbau droht bei zahlreichen Berufsgruppen. Die Sparprogramme hinterlassen Spuren. Der BSPV kämpft weiter für tragbare Arbeitsbedingungen, konkurrenzfähige Löhne und ein verlässliches Leistungsangebot.

Der BSPV lebt von seinen aktiven Präsidentinnen und Präsidenten, die die Stimmung der Basis erkennen und den Leitungsorganen mitteilen. Allen aktiven Verbandsmitgliedern sei an dieser Stelle herzlich für ihren Einsatz gedankt.

Leichter Mitgliederrückgang

Im Berichtsjahr sinkt der Mitgliederbestand um 70 Angestellte. Die vielen Wegzüge und Todesfälle konnten nicht vollumfänglich durch Neueintritte kompensiert werden. Die Anzahl der pensionierten Mitglieder steigt kontinuierlich an.

Schmerzhaft ist der Verlust bei fast allen handwerklichen Berufsgattungen. Bei den Strassenmeistern konnte keine Untersektion einen Zuwachs verzeichnen. Dies hat einerseits mit dem Stellenabbau zu tun, andererseits nimmt die Anzahl der Trittbret-

fahrer ausgerechnet in einem Bereich zu, in dem der BSPV etliche Erfolge erzielen konnte. Die fünfte Ferienwoche für alle, die Erhöhung der Zulagen und ein starkes Engagement für die Angestellten im tieferen Lohnbereich finden zu wenig Anerken-

nung. Erfreulich ist die Gesamtentwicklung beim Personal der Hochschulen. Markant ist der Anstieg bei der Sektion Betriebs- und Konkursbeamte. Und einen immer massiveren Einfluss gewinnt der mächtige Polizeiverband.

Zentralvorstand

Aeschmann Christiane
 Bandelier Loris
 Bättig Daniel
 Baumgartner-Wüthrich Barbara
 Beindorff Menno
 Bernasconi Peter
 Biedermann Roland
 Bieri Hans
 Blaser Daniel
 Blattmann Muriel
 Bracher Jürg
 Burri Gerhard
 Burri Maya
 Coso Toni
 De Chastonay Georges-André
 Eggler Stefan
 Frost-Hirschi Andrea
 Gehri Urs
 Hodler Fritz
 Hofer Peter
 Insom Giorgio
 Joos Fortunat
 Joss Christoph
 Joss Hans-Ulrich
 Kaufmann Barbara
 Keller Corinne
 Klein Horst
 Koelbing Martin
 Kunz Walter
 Kupferschmid Hans
 Leuenberger Hans-Ulrich
 Lièvre Jean-Jacques
 Lysser Jürg
 Marti Hansueli
 Merlach Beat
 Meyer Markus
 Moor Silvia
 Müller Andreas
 Neuhaus Henri
 Petter Andreas
 Pieren Hanspeter
 Rieder Beat
 Röthlisberger Claude
 Ruprecht Robert
 Schafer Roland
 Schmutz Barbara
 Schneider Eugen
 Schober Thomas
 Spahni Hansruedi
 Spiegel Preuck Marie-Louise
 Stauffer Christian
 Trösch Beat
 Wiedmer Jrene
 Witschi Beat
 Zumbrunn Kurt
 Zurflüh Bruno

Mitgliederbestand 2013

Sektion	Bestand 2013	Davon Pensionierte	Vorjahr 2012	Differenz
VBOG	0	0	991	-991
Einzelmitglieder	1264	531	323	941
Höhere Angestellte des Kanton Bern	162	64	163	-1
Handwerklich-technisches Personal und Insspital	218	63	225	-7
Union du Personnel	64	21	67	-3
Verein der Lehr- und Beratungskräfte des Amtes für Landwirtschaft des Kanton Bern (VLB)	102	26	102	0
Forstingenieure	41	12	41	0
Förster	81	19	79	2
Verband Bernischer Forstwerte und Waldarbeiter	24	2	29	-5
Kantonalbernischer Wildhüterverband	40	9	37	3
Fischereiaufseher	9	1	8	1
Psychiatrische Klinik Bellelay	22	2	23	-1
Psychiatriezentrum Münsingen (PZM)	78	36	80	-2
Universitäre Psychiatrische Dienste (UPD)	30	14	29	1
Pfarrverein	503	164	504	-1
Regierungsstatthalter	9	1	9	0
Verband Bernischer Richter und Staatsanwälte	210	27	206	4
Gerichtsschreiber	43	0	40	3
Grundbuchverwalter und Handelsregisterführer	30	4	30	0
Betriebs- und Konkursbeamte	56	10	44	12
Betriebsweibel	39	0	47	-8
Polizeiverband Kanton Bern	1963	551	1954	9
Personal des Straf- und Massnahmevollzuges	91	5	95	-4
Anstalt Hindelbank	53	13	58	-5
Anstalt Thorberg	86	17	88	-2
Anstalt Witzwil	70	18	76	-6
Jugendheim Prêles	45	13	39	6
Automobil- und Verkehrsexperten	64	9	65	-1
Universitätsdozenten	152	51	158	-6
Dozierende Berner Fachhochschulen	166	54	169	-3
Pädagogische Hochschule Bern	31	2	18	13
Gymnasiallehrer	145	6	145	0
Schulinspektoren	20	6	21	-1
Berufsberater	48	13	47	1
Bibliothekspersonal	73	7	65	8
Strasseninspektorenverband des Kt. Bern	22	8	22	0
Strassenmeisterverband Emmental/Oberaargau	64	20	73	-9
Strassenmeisterverband Mittelland	40	20	44	-4
Strassenmeisterverband Oberland	72	21	77	-5
Strassenmeisterverband Seeland	70	19	72	-2
Unterhalt Autobahn	55	9	56	-1
Personalverband Sozialversicherungen	98	29	106	-8
Gemeindepersonal Zollikofen	45	13	43	2
Total	6498	1910	6568	-70

Gratulation zum Verbandsjubiläum

40 Jahre Jubilare

Ammann Edouard, Delémont
Bähler Daniel, Bern
Balmer Eric, Prêles
Bärtschi Gottfried, Schüpbach
Bichsel-Rohrbach Marianne, Zimmerwald
Bigler Doris, Hinterkappelen
Blaser Urs, Zollbrück
Brenzikofer Margrit, Münsingen
Brönnimann Peter, Seftigen
Buchli Anton, Bern
Bühler Eduard, Reichenbach Kandertal
Burkhalter Kurt, Heimberg
Bürki Hans-Rudolf, Mühlethurnen
Burri Hans Rudolf, Konolfingen
Burri Karl, Rüscheegg-Gambach
Charpilloz Fred, Orvin
Dubler Heinz, Ins
Fasnacht Alfred, Kehrsatz
Fiechter Hans, Frutigen
Fleury René, Nidau
Frauenfelder Erich, Thun
Geiser Beat, Neueneegg
Glowatzki-Mullis Marie Louise, Bern
Gobat Alexandre, Bätterkinden
Gobeli Hans, Oberhofen am Thunersee
Gosteli Franz, Kappelen
Grossenbacher Peter, Hasle-Rüegsau
Gutzwiller Jörg, Jegenstorf
Hauswirth Marie Elisabeth, Bern
Hegg Ueli, Ostermundigen
Heldner Emil, Spiez
Hiltbrand Bernhard, Studen BE
Hofer Fritz, Avanches
Hug Martin, Wynigen
Indermühle Karl, Mühlethurnen
Iseli Peter, Thun
Jakob Fritz, Hettiswil
Jaussi Hans-Peter, Ostermundigen
König Hans-Rudolf, Steffisburg
Krebs Walter, Niederstocken
Leibundgut Alfred, Rüscheegg-Heubach
Leuenberger Wilfred, Worb
Liechti Simon, Köniz
Linder Walter, Gwatt (Thun)
Liniger Werner, Unterseen
Mader Bernhard, Spiez
Merz-Bacchini Walter, Bolligen
Messerli Ernst, Thun
Miche Gérard, Studen
Michel Bernhard, Bönigen b. Interlaken
Michel Rudolf, Unterseen
Mohr Peider, Burgdorf
Müller Hug Gertrud, Worb
Neuenschwander Peter, Mühlethurnen
Nussbaumer Bruno, Neuchâtel
Nydegger Kurt, Ortschaften
Pfeuti Alfred, Wohlen b. Bern
Räss Fritz, Burgdorf
Rossi-Krähenbühl Ursula, Kaltacker
Roth Daniel, Reichenbach Kandertal
Röthlisberger Andreas, Moutier
Röthlisberger Max, Gümligen
Röthlisberger Otto, Herzogenbuchsee
Rytz Rudolf, Muri b. Bern
Sahli Walter, Diessbach b. Büren
Schafer Roland, Hünibach
Schär Fritz, Renan
Schertenleib Ulrich, Worblaufen
Schmid Rolf, Studen BE
Schneider Edgar, Rüfenacht
Schneider Walter, Schüpbach
Schneiter Ulrich, Vinelz
Schori Rosemarie, Bern
Schranz Heinrich, Jegenstorf
Schwengeler Christoph A., Bolligen
Sieber Peter, Bolligen
Stähli Ernst, Täuffelen
Stooss Max, Wileroltigen
Stucki Alfred, Oberhofen am Thunersee
Studer Bruno, Ramsei
Tanner Adrian, Gammen
Thöni Werner, Meiringen
Tschanz Walter, Steffisburg
von Bergen Ernst, Bönigen b. Interlaken
Wälchli Ernst, Thun
Walther Hanspeter, Biel/Bienne

Walther Christian, Uetendorf
Wälti Peter, Bern
Wehren Franz, Bern
Wenger Hans, Jegenstorf
Weyermann Gerhard, Studen BE
Wisler-Kaufmann Bernhard, Biel/Bienne
Wullschleger Hansjörg, Zollikofen
Wytttenbach Arnold, Köniz
Zahnd Therese, Münsingen
Zürcher Ernst, Grosshöchstetten

25 Jahre Jubilare

Aegler Ursula Shula Brigitte, Bern
Aeschlimann Verena, Oberhofen am Thunersee
Andres Hans, Lyssach
Andres Urs, Münchenbuchsee
Balmer Daniel, Nods
Bartolome Vinzenz, Bern
Baumberger Franz, Zürich
Baur Hans, Herbligen
Beer Adrian, Münchringen
Bichsel Daniel, Zollikofen
Blatter Christian, Belp
Bransch Robert, Busswil b. Büren
Calzaferri Gion, Bremgarten b. Bern
Celikbas-Mohr Christa, Wabern
Cotting Pascal, Tavannes
Cueni Thomas, Wabern
Eichenberger Markus, Heimberg
Feuz Albert, Habkern
Ficker Stähelin Daniel, Bern
Flückiger Ernst, Zollbrück
Forter Marcel, Mühlethurnen
Girardin Jacques M., Orvin
Gygax Patric M., Court
Hänni Marianne, Bremgarten b. Bern
Hartmann Jürg, La Neuveville
Hiltbold Thomas, Thun
Howald Stefan, Thörigen
Hundius Hans-Jürgen, Zollikofen
Hunziker Peter, Bern
Hutzli Andreas, Boltigen
Jaggi Andreas, Schwarzenburg
Jenk Peter, Rosshäusern
Jenni-Zaugg Beatrice, Zollikofen
Jossen Adrian, Busswil b. Büren
Jubin Jean-Michel, Nods
Keller Willy, Tramelan

Kirchhofer Hermann, Worb
Kobel Walter, Laupen BE
Köchlin Matthias, Wabern
Kramer Urs, Bolligen
Kropf Jürg, Rüfenacht BE
Kröpfl Susanna, Rubigen
Lanz Daniel, Burgdorf
Lanz Stefan, Biel/Bienne
Lehmann Reinhard, Münsingen
Merlach Beat, Zollikofen
Meyer René, Thun
Michel Agnes, Zollikofen
Moll Virgile, Monible
Moser Pery, Langenthal
Moser Rudolf, Gals
Neuhaus Henri, Biel/Bienne
Oberli Anna, Leissigen
Pfister Brigitte, Münchenbuchsee
Polier Roger, Erlach
Reichen Gerhard, Amsoldingen
Reisinger Rudolf, Thun
Richon Jacques, Court
Riva Bruno, Derendingen
Robert Patrice, Prêles
Ryter Ueli, Unterseen
Salzmann Heinrich, Schüpfen
Scheidegger Glenn, Corgémont
Schlunegger Urs Peter, Stettlen
Schober Roger, Langenthal
Schwabe Beat, Ittigen
Siegenthaler Stéphane, Diesse
Sommer Peter, Arni BE
Steiner Markus, Safnern
Wälchli Martin, Koppigen
Walther Christine, Heimenschwand
Wegmüller Hans-Ulrich, Burgdorf
Wenger Claude, Tramelan
Widmer Rudolf, Kirchberg BE
Willener Willy, Zweisimmen
Witschi Stefan, Ulmiz
Wüthrich Hans, Grünen
Zaugg Heinz, Arni BE
Zbinden Bernard, Orpund
Zbinden Gerhard, Ostermundigen
Zimmermann Ursula, Grosshöchstetten
Zimmermann Walter, Rüfenacht BE

Totentafel 2013

Abplanalp Werner, Meiringen
Aebersold Hansruedi, Belp
Andrini Mario, Wabern
Barth Peter Andreas, Münsingen
Bassin Raymond, Malleray
Brügger Fritz, Bern
Burger Alfred, Thun
Bürgi Martin, Donatyre
Bürki Werner, Schlosswil
Dähler Karl, Grosshöchstetten
Dauwalder Alfred, Courroux
Fankhauser Bernhard, Lyss
Fischer Fritz, Gurzelen
Fritschi Frowin, Dittingen
Geissbühler Kurt, Liebefeld
Gerber Peter, Trubschachen
Gisiger Elisabeth, Hinterkappelen
Hänni Kurt, Meikirch
Hegi Alfred, Burgdorf
Hofer Walther, Stettlen
Jaisli Adrian, Langenthal
Jordi Ulrich, Rütli b. Büren
Klötzli Michel, Renan
Kühni Max, Burgdorf
Kulms Klara, Münsingen
Kunz Peter, Lenk im Simmental
Lerch Maxime, Bonfol
Leu Paul, Muri b. Bern
Lienhard Ulrich, Uetligen
Luginbühl Rudolf, Steffisburg
Moeckli Pierre, Le Landeron

Molteni Renzo, Burgdorf
Montavon Roland, Reconville
Moor Walter, Gadmen
Mühlemann Werner, Lauterbrunnen
Müller, Ulrich, Wabern
Nydegger Niklaus, Schwarzenburg
Oester Fritz, Unterseen
Pinösch Esther, Nidau
Reinhard Oskar, Matten b. Interlaken
Révész Ethel, Bern
Rohrbach Fritz, Wattenwil
Rubin-Balmer Hermann, Hilterfingen
Ruch Ernest, Linden
Scheidegger Fritz, Bern
Schmid Walter, Worben
Schwaar Heinrich, Bern
Seiler Michael, Saanenmöser
Sieber Bernadette, Niederscherli
Skvaril Frantisek, Muri b. Bern
Steffen-Uhlmann Elisabeth, Ostermundigen
Stutz Paul, Ittigen
Trachsel Christian, Rütli b. Riggisberg
Tschabold Walter, Utzenstorf
Tschanz Beat, Bolligen
Wälti Hans, Ostermundigen
Wyss-Thöni Johann, Hasliberg/Hohfluh
Zahnd Paul, Bern
Zaugg Aldo, Blumenstein
Zurbügg-Simmen Alfred, Ins
Zwahlen Werner, Bern

BSPV – Jahresrechnung 2013

1. Allgemeine Verbandsrechnung

1.1 Erfolgsrechnung

Mitgliederbeiträge
Kapitalzinserträge
Div. Rückerstattungen (KPT, Coop)
Steuerrückerstattungen Vorjahre
Ausserord. Ertrag
Kurswesen, Ertrag
Rückerst. Dienstleist. Unterstützungskasse
Total Ertrag

	Ertrag		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2012
750 000	754 536.25	745 586.90	
2 500	1 066.85	1 412.26	
25 000	25 957.90	26 373.85	
0	5 807.80	12 959.90	
0	509.50	500.00	
0	0.00	4 380.00	
20 000	20 000.00	20 000.00	
797 500	807 878.30	811 212.91	

Abgeordnetenversammlung
Zentralvorstand
Geschäftsleitung und Delegationen
Personalaufwand
Sozialleistungen Arbeitgeber
Personalweiterbildung
Büromiete und Nebenkosten
Büro- und Verwaltungsaufwand
Anschaffung/Unterh. Mobilien und Einricht.
Informatikaufwand
Beiträge an Berufsverbände
Beitrag an REKA
Sonstige Beiträge
Kurswesen
Werbung
Speisung Spez.finanz. Aktionen
Sondereinlage Speisung Spez.finanz. Aktionen
Steuern
Ehrungen und Diverses
Wertschriftenverlust
Beitrag an «diagonal» (Ziff. 1.2)
Total Aufwand
Total Ertrag
Aufwandüberschuss (-) Ertragsüberschuss (+)

	Aufwand		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2012
13 000	19 053.85	11 068.80	
8 000	4 810.50	9 396.40	
38 000	36 654.60	35 866.70	
372 000	381 407.70	384 688.75	
75 000	81 678.70	75 697.75	
3 000	2 690.00	1 550.00	
53 000	49 294.30	50 038.05	
40 000	32 627.69	27 996.97	
3 000	3 476.75	2 196.10	
20 000	27 727.15	10 905.30	
12 000	11 303.50	11 448.50	
7 000	7 315.00	7 315.00	
3 000	2 060.00	2 060.00	
5 000	3 645.45	3 055.15	
50 000	44 793.85	66 899.10	
50 000	50 000.00	20 000.00	
0	0.00	20 000.00	
2 000	1 923.95	2 491.75	
5 000	1 588.75	3 114.95	
0	1 700.00	0.00	
43 000	41 062.20	34 127.90	
802 000	804 813.94	779 917.17	
-797 500	-807 878.30	-811 212.91	
-4 500	3 064.36	31 295.74	

1.2 Verbands-Organ «diagonal»

Inserate, Zeitungsabonn. (Werbung)

	Ertrag		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2012
15 000	13 711.40	16 586.60	

Druckaufwand
Versand
Honorare
Total Aufwand
Total Ertrag
Übertrag in Erfolgsrechnung

	Aufwand		
	Budget	Rechnung	Rechnung 2012
41 000	37 107.10	35 515.30	
12 000	12 924.90	11 552.35	
5 000	4 741.60	3 646.85	
58 000	54 773.60	50 714.50	
-15 000	-13 711.40	-16 586.60	
43 000	41 062.20	34 127.90	

1.3 Bilanz per 31.12.

Kasse
Reisecheckkasse
Postcheck
Bank
Wertschriften
Diverse Debitoren
Guthaben Verrechnungssteuer
Mobilien, Einrichtungen, EDV
Trans. Aktiven
Diverse Kreditoren
Trans. Passiven
Depotgeld Sekt. Union du personnel
Eigenkapital

	Aktiven	Passiven	Aktiven 2012	Passiven 2012
2 303.30			899.65	
22 847.25			25 619.25	
356 462.53			341 593.05	
405 434.82			382 284.42	
5 150.00			6 850.00	
12 901.15			16 592.75	
265.60			384.40	
1.00			1.00	
10 646.00			0.00	
		59 798.00		49 720.28
		553 644.00		524 998.95
		8 024.50		8 024.50
		194 545.15		191 480.79
816 011.65	816 011.65		774 224.52	774 224.52

2. Spezialfinanzierung Aktionen

2.1 Erfolgsrechnung

	Aufwand	Ertrag	Aufwand 2012	Ertrag 2012
Bankspesen	8.00		8.00	
Aufwand Aktionen, Kundgebungen	35 161.30		3 447.30	
Jubiläumsfeier 2012	0.00		87 456.00	
Gutachten Polizeiverband zu PKG	6 480.00		0.00	
Gewerkschaftsbund BE, faire Steuern	0.00		14 030.00	
Kapitalzinserträge		447.50		756.14
Einlage aus allg. Verbandsrechnung		50 000.00		20 000.00
Sondereinlage aus allg. Verbandsrechnung		0.00		20 000.00
Jubiläum 2012, Beitrag kant. Lotteriefonds		7 100.00		0.00
Solidaritätsbeitrag für Aktionen der VBOG		5 000.00		0.00
Ertrag aus Sektionsauflösung VBOG		49 489.70		0.00
Aufwandüberschuss 2012		0.00		64 185.16
Ertragsüberschuss 2013	70 387.90			0.00
	112 037.20	112 037.20	104 941.30	104 941.30

2.2 Bilanz per 31.12.

	Aktiven	Passiven	Aktiven 2012	Passiven 2012
Bank	380 482.96		317 880.96	
Guthaben Verrechnungssteuer	117.25		264.65	
Debitoren	49 489.70		20 970.00	
Trans. Passiven		0.00		5 000.00
Diverse Kreditoren		25 586.40		0.00
Eigenkapital		404 503.51		334 115.61
	430 089.91	430 089.91	339 115.61	339 115.61

3. Konsolidierter Erfolg des BSPV

	2013	2012
Allgemeine Verbandsrechnung	3 064.36	31 295.74
Spezialfinanzierung Aktionen	70 387.90	-64 185.16
Ertragsüberschuss 2013 (Aufwandübersch. 2012)	73 452.26	-32 889.42

4. Stiftung Unterstützungskasse

4.1 Erfolgsrechnung

	Aufwand	Ertrag	Aufwand 2012	Ertrag 2012
Kapitalzinsaufwand	24.15		24.15	
Dienstleistungen Dritter	3 468.90		4 655.65	
Dienstleist. der Allg. Verbandsrechnung	20 000.00		20 000.00	
Steuern	2 136.65		2 241.25	
Rechtsschutzkosten	36 020.05		65 965.15	
Kursverluste	1 200.00		0.00	
Unterstützungsbeiträge Mitglieder	1 622.15		0.00	
a.o. Steuerrückerstattung Vorjahr		60.15		1 888.90
Kapitalzinserträge		823.92		1 401.87
Ertragsüberschuss Liegenschaft (Ziff. 4.3)		58 123.35		53 141.85
Aufwandüberschuss		5 464.48		36 453.58
	64 471.90	64 471.90	92 886.20	92 886.20

4.2 Bilanz per 31.12.

	Aktiven	Passiven	Aktiven 2012	Passiven 2012
Bank	367 799.25		393 809.73	
Wertschriften	5 150.00		6 350.00	
Guthaben Verrechnungssteuer	263.25		448.00	
Darlehen	2 000.00		2 000.00	
Liegenschaft	639 622.00		666 272.00	
Fest-Hypotheken		100 000.00		150 000.00
Diverse Kreditoren		12 041.90		10 522.65
Trans. Passiven		3 000.00		3 000.00
Steuerabgrenzung		700.00		800.00
Eigenkapital		899 092.60		904 557.08
	1 014 834.50	1 014 834.50	1 068 879.73	1 068 879.73

4.3 Liegenschaftsrechnung

	Aufwand	Ertrag	Aufwand 2012	Ertrag 2012
Hypothekarzinsen	2 000.00		7 150.00	
Heizung, Beleuchtung, Reinigung	9 681.55		8 873.05	
Liegenschaftssteuern	1 923.90		1 923.90	
Abschreibung	26 650.00		27 761.00	
Mietzinseinnahmen		98 378.80		98 849.80
Ertragsüberschuss	58 123.35		53 141.85	
	98 378.80	98 378.80	98 849.80	98 849.80

Des conditions d'embauche fiables obtenues de haute lutte

En novembre 2011, les associations de personnel ont présenté leur initiative pour des salaires corrects. En réaction, le Conseil-exécutif a présenté une révision de la Loi sur le statut du corps enseignant et de la Loi sur le personnel. Celle-ci contenait une progression plus sûre des traitements.

En réaction à l'initiative sur les salaires lancée par les associations de personnel, le Conseil-exécutif a confronté la Commission des finances et la Commission de haute surveillance à la situation insatisfaisante des salaires du personnel cantonal. Par exemple, après onze ans de service, les enseignants et les policiers du canton de Berne ont les salaires les plus bas de toute la Suisse. La Direction des finances a démontré que le personnel avait ces dernières années contribué à l'assainissement des finances cantonales à hauteur d'environ trois milliards de francs en raison d'une hausse insuffisante des salaires.

Une hausse fiable des salaires

Puis le Conseil-exécutif a présenté sa proposition de consultation, une solution qui dépassait légèrement les exigences de l'initiative. Il prévoyait initialement une hausse de salaire de 8 x 4, puis 7 x 3 et 12 x 2 échelons. Au bout de 27 ans, des résultats bons à très bons permettaient d'atteindre le maximum salarial de 160% du salaire de base.

Mais une évolution assurée des salaires permet seulement de réparer le futur dommage. Pour la compensation du creux salarial (différence entre la hausse effective et la hausse attendue des salaires des 12 à 15 dernières années), il n'y a toujours pas de moyens en vue. Et l'employeur ne comblera jamais le déficit de la caisse de pension. C'est dur.

Un Conseil-exécutif prompt à faire des compromis

Face aux réactions très critiques des partis bourgeois et des associations écono-

miques, le Conseil-exécutif a péjoré le projet qu'il a soumis au Parlement. Il a nettement atténué la rapide hausse de salaire par échelon prévue. A la session de janvier, une mini-solution, qui prévoyait seulement d'utiliser les gains liés aux fluctuations pour la hausse des salaires, a même été rejetée. Après cette démonstration d'arrogance de la majorité bourgeoise au Conseil, les représentants du personnel sont restés totalement perplexes.

Revirement inattendu

La manifestation Halte au démantèlement du 16 mars, les interventions intenses du directeur de l'instruction publique, l'engagement indéfectible des associations de personnel et la consultation de responsables politiques avisés ont conduit à un revirement inattendu au mois de juin. La commission a adopté une proposition de compromis du PBD par 17 voix contre 0. Celle-ci prévoit une hausse de salaire assurée dès lors que la situation financière est favorable. La hausse de salaire doit être de 1,5% par an et inclut l'utilisation des gains liés aux fluctuations. De plus, il est désormais possible d'utiliser des moyens supplémentaires pour tous ceux qui se trouvent dans le creux salarial (voit encadré – «diagonal» 4/13, page 5). Le Grand Conseil a approuvé cette solution à une large majorité au cours de la session de septembre.

Plan d'austérité sans baisse de salaire

Le système salarial en vigueur prévoit une hausse annuelle de la masse salariale totale de 1,5%. Ce montant a été inscrit au

budget 2014 ainsi que dans le plan intégré mission-financement pour les années 2015 à 2017. Par bonheur, cette répartition des moyens a été passée sous silence lors des débats sur les mesures d'économies relatives à l'EOS. Un grand nombre de mesures sévères pour la population ont été votées sans souci des conséquences. Concernant le personnel, on n'a procédé à aucune coupe. Voilà manifestement une preuve du degré d'insatisfaction générale quant à la situation salariale dans le canton de Berne.

Toujours pas de compensation du renchérissement

Les associations de personnel ont-elles tout obtenu aujourd'hui? Certainement pas. La nouvelle loi ne prévoit aucune règle contraignante (automatisme). Le Conseil-exécutif et le Grand Conseil vont devoir tenir promesse. La progression de la masse salariale de 1,5% constitue un minimum absolu. En outre, les moyens supplémentaires pour les arriérés de salaires ne sont pas encore en vue. Et la compensation du renchérissement n'a pas été abordée étant donné que le renchérissement annuel au cours des dernières années a été exceptionnellement faible.

Bref, nous avons obtenu beaucoup, mais nous sommes loin d'avoir atteint notre objectif. Et dès que le vase menacera de nouveau de déborder, nous devons montrer une fois de plus notre force sur la Place fédérale.

((Reprendre deux encadrés de diagonal 5/13 page 13.))

Halte au démantèlement: 20 000 employés manifestent sur la Place fédérale

Une offre de prestations fiable, des salaires compétitifs et des conditions de travail acceptables. Voilà les principales revendications de la manifestation organisée le 16 mars sur la Place fédérale de Berne.

Des bus pleins à craquer venus du Jura bernois, 600 agentes et agents de police en uniforme, un groupe de gardes forestiers vêtus de leur veste rouge, des enseignantes et des cantonniers, des infirmières et des retraités avec des banderoles, des sages-femmes et des professeurs... Tous ces manifestants ont marqué les esprits avec leur rassemblement. L'insatisfaction quant aux conditions de travail dans le canton de Berne et le manque de perspectives d'ave-

nir ont largement contribué à cette mobilisation. Apparemment, on n'aurait pas eu assez de place pour tous les manifestants dans la PostFinance-Arena du SCB. C'était un signal fort.

Pour la première fois depuis onze ans

En 2002, lors de la manifestation VETO, la Place fédérale était presque aussi pleine qu'onze ans après. La mobilisation de

l'époque a également produit ses effets. Pendant plus de dix ans, les associations de personnel n'ont organisé que de petits rassemblements ponctuels. Mais en 2013, le vase a débordé: le manque de perspectives salariales, la menace de dégradation au niveau des caisses de pension, les répercussions des plans d'austérité et la surcharge de travail parfois considérable ne sont plus acceptables.

Mobilisation réussie

Les faits ont été mis sur la table dans un appel à manifester instructif: dans certaines branches, l'arriéré de salaire par rapport à la moyenne suisse équivaut à deux salaires mensuels. La hausse annuelle des traitements depuis l'introduction du système salarial BEREBE en 1997 n'a été que de 0,8% en moyenne. La réalisation des objectifs BEREBE nécessite un taux de 1,5% par an. Cette différence a coûté bien plus de trois milliards de francs ces dernières années. Non pas aux cantons, mais aux employés.

Des résultats

La plus grande manifestation organisée en Suisse depuis plus de dix ans a été largement relayée par les médias. On a même parlé des revendications des associations de personnel au journal de la télévision suisse. Et le rassemblement a sans aucun doute permis de trouver enfin une solution plus sûre soit concernant la Loi sur le personnel. De même, il a abouti à ce que des mesures transitoires considérables soient proposées dans le cadre de la Loi sur les caisses de pension.

Onze fois non

A la fin des interventions, les manifestants ont répondu non haut et fort aux questions de l'administrateur de l'APEB, Matthias Burkhalter:

- 1 Le canton de Berne doit-il démanteler son service public et fermer d'autres hôpitaux?
- 2 Le canton de Berne doit-il freiner les dépenses et diminuer les subventions accordées aux foyers et organisations de quartier?
- 3 Le canton de Berne doit-il prendre des mesures d'économie supplémentaires dans les domaines des soins aigus, des soins de longue durée et des soins à domicile?
- 4 Le canton de Berne doit-il à tout prix équilibrer le budget et refuser toute hausse de salaire au personnel?
- 5 Le canton de Berne doit-il imposer un changement de primauté concernant les caisses de pension et réduire les rentes de 30%?
- 6 Le canton de Berne doit-il baisser ses taxes et geler les dépenses culturelles?
- 7 Le canton de Berne doit-il régler ses dettes sur le dos du personnel?
- 8 Le canton de Berne doit-il encore plus libéraliser ses lois sur le personnel et dégrader les conditions de travail?
- 9 Le canton de Berne doit-il supprimer des postes et augmenter la surcharge de travail individuelle?
- 10 Le canton de Berne doit-il, pour des raisons de coûts, continuer à laisser travailler ses médecins plus de 60 heures par semaine?
- 11 Le canton de Berne doit-il faire des économies au niveau de la formation, fermer des classes et augmenter encore le nombre de cours obligatoires?

La Loi sur les caisses de pension au banc d'essai

Après de longues discussions idéologiques et très techniques au sein des comités de préparation, le Conseil-exécutif a soumis en juin au Parlement une Loi sur les caisses de pension radicalement nouvelle.

En matière de personnel, la nouvelle Loi sur les caisses de pension est le dossier le plus significatif des 50 dernières années. Sont en jeu de grosses sommes, des coupes drastiques et un avenir imprévisible. Tous les avantages et inconvénients du nouveau système dépendent fortement de l'évolution de l'économie et des salaires. Les pronostics incertains constituent le fondement des nouvelles dispositions relatives aux caisses de pension.

Un changement de primauté forcé

Dans le cadre d'une discussion idéologique dure, le Grand Conseil a, à plusieurs reprises et contre la volonté de l'Exécutif, exigé le passage de la primauté des prestations à la primauté des cotisations. La rédaction de la loi qui a suivi a été considérablement influencée par deux événements inattendus.

Tout d'abord, il s'est avéré que les deux caisses de pension bernoises CPB et CACEB n'ont pendant longtemps pas pu générer les intérêts qui sont à la base des

calculs de rentes. Ainsi, l'insuffisance de couverture n'a cessé d'augmenter.

Dans la phase d'achèvement est venue encore s'ajouter une modification de la Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (LPP). Les autorités fédérales imposent un refinancement élevé à toutes les caisses de droit public. La garantie d'Etat comme sécurité pour les promesses de rentes perd de plus en plus de son importance.

Intransigeance du Grand Conseil

La LPP exige des caisses de pension bernoises qu'elles atteignent un taux de couverture d'au moins 80% dans un délai de 40 ans. Le Grand Conseil ne s'est pas rallié à ce cadre d'assainissement. Il s'est fixé des limites plus strictes et a tenu à un refinancement à 100%. Il a en outre réduit le délai d'assainissement à 20 ans. A elle seule, cette mesure nécessite des moyens considérables et exerce une pression immédiate en matière d'assainissement. S'il est question d'injecter rapidement des mil-

liards supplémentaires pour regonfler la fortune des caisses de pension, ce sont les employeurs et les employés qui vont devoir les générer ensemble, ce qui promet des retenues considérables sur les salaires du personnel.

Bilan décevant

L'issue de la première lecture de la loi au Grand Conseil a fait l'effet d'une douche froide. Un premier bilan a donné les résultats suivants:

- retenues sur les salaires basées sur l'âge;
- perception de contributions de financement;
- âge de retraite plus élevé;
- période de cotisation plus longue;
- rentes potentiellement plus basses;
- pas de compensation du renchérisse-

Evolution du degré de couverture

	CPB ¹	CACEB ²
31.12.05	108,0%	86,4%
31.12.06	109,0%	89,6%
31.12.07	104,7%	88,6%
31.12.08	87,3%	73,5%
31.12.09	90,1%	82,1%
31.12.10	88,1%	78,8%
31.12.11	86,1%	78,8%
31.12.12	78,8% ³	83,7%
31.12.13	83,4%	81,0%

- 1 Caisse de pension bernoise (CPB)
- 2 Caisse d'assurance du corps enseignant bernois (CACEB), contributions d'assainissement comprises
- 3 Le taux de couverture se développait à 90,4%. Avec l'abaissement du taux d'intérêt technique de 3,5 à 2,5% diminuait aussi le taux de couverture malgré des rendements du capital réjouissants.

Project principal	Project alternatif
Apport de 1,7 milliard de francs pour l'insuffisance de couverture chez les retraités (sur la base d'un taux d'intérêt technique fictif de 3,0%)	Apport de 1,3 milliard de francs pour l'insuffisance de couverture chez les retraités (sur la base d'un taux d'intérêt technique encore plus fictif de 3,5%)
Apport de 0,5 milliard de francs pour la sauvegarde des droits acquis en matière de retraite (ancienne retraite à 63 ans = nouvelle retraite à 65 ans)	Apport de 0,5 milliard de francs pour la sauvegarde des droits acquis en matière de retraite (ancienne retraite à 63 ans = nouvelle retraite à 65 ans)
Participation de l'employeur aux coûts du plan de financement de 50% à 60%	Participation de l'employeur aux coûts du plan de financement de 50%



Le personnel de l'Etat se serre les coudes et exige des perspectives pour le canton de Berne.

Photo: Adrian Moser

ment pour les retraitées et les retraités;

- risque de placement supporté par les assurés;
- suppression de la rente de rattachement.

Mais face à ces dégradations, il y a eu aussi des garanties considérables:

- refinancement de l'insuffisance de couverture chez les retraités;
- contribution de transition (droits acquis);
- maintien de la réglementation spéciale pour le corps de police.

Mais le Grand Conseil a également adopté sciemment des dispositions insuffisantes. Par exemple, la cotisation destinée à combler l'insuffisance de couverture est calculée en fonction des rentes en cours sur la base d'un taux d'intérêt technique fictif

de 3,0%. En réalité, celui-ci est de 2,5%. Ainsi, le déficit pour la couverture des rentes en cours est plus élevé. Il manque donc plus d'argent que dans l'hypothèse retenue par le Grand Conseil pour prendre sa décision. En d'autres termes, les actifs doivent verser chaque année 20 millions de francs pour financer les rentes en cours.

Pour les représentants du personnel, il a été frustrant de voir que la majorité des demandes qu'ils avaient présenté au Grand Conseil en vue d'améliorer le projet étaient tout bonnement rejetées sans autre forme de justification.

Référendum oui ou non?

Après la première lecture de la nouvelle loi, il y a eu dans les rangs des associations de personnel des arguments solides en faveur d'un référendum contre la nouvelle solution. Un certain nombre de membres

des commissions d'administration des deux caisses ont présenté des alternatives mûrement réfléchies. Mais les résultats ont également suscité les critiques de nombreux membres individuels.

On a alors vu se dessiner, pour la première fois dans l'histoire du canton de Berne, l'éventualité d'un référendum mené conjointement ou séparément par l'APEB et l'UDC à l'encontre du projet.

Les cartes sont sur la table

En septembre, le Parlement cantonal a adopté définitivement la nouvelle Loi sur les caisses de pension. Celle-ci prévoit deux variantes: un projet principal et un projet alternatif. Sans référendum, le projet principal serait entrée en vigueur au 1er janvier 2015. Etant donné que le référendum a été obtenu de force par la droite bourgeoise, le peuple exprimera son opi-

nion sur les deux variantes l'année prochaine. Il peut accepter les deux solutions, une seule d'entre elles ou aucune des deux.

Lors d'une Assemblée extraordinaire des délégués tenue le 12 septembre, les délégués ont décidé à l'unanimité de renoncer à un référendum après avoir soigneusement pesé le pour et le contre. Etant donné que ce référendum a quand même été demandé par la droite bourgeoise, il faudra prendre position à ce sujet et mener campagne l'année prochaine.

Perspectives incertaines

Personne ne peut dire aujourd'hui si une nouvelle loi entrera en vigueur ou non au 1^{er} janvier 2015. Et les réglementations

Conséquences de la votation

Oui au projet principal	Oui au projet alternatif	Double non
Primauté des cotisations	Primauté des cotisations	Primauté des prestations
1,7 milliard + 500 millions	1,3 milliard + 500 millions	Situation obscure
Contributions de financement sur le salaire assuré:	Contributions de financement sur le salaire assuré:	Contributions de financement sur le salaire assuré:
1,2 à 1,5%	1,7 à 2,0%	3,6 à 4,5%

(Chiffres tirés de l'arrêté du Grand Conseil de septembre 2013)

transitoires destinées à atténuer la dégradation des prestations et des cotisations ne sont pas encore votées par le Conseil-exé-

cutif. Pour le personnel qui envisage une retraite anticipée, cette situation crée une grande incertitude.

Economiser à outrance peut coûter cher

Le tout dernier plan d'austérité du Conseil-exécutif porte le nom d'Examen des offres et des structures (EOS 2014). Il a de lourdes conséquences. Y compris pour le personnel cantonal.

Le plan d'austérité EOS ne touche pas à la progression de la masse salariale 2014. Mais le personnel est fortement concerné par d'autres domaines. Pas toujours dans l'immédiat, ni en intégralité ou de manière insupportable, mais toujours de façon démotivante, pesante et, dans quelques cas, inacceptable.

Base chiffrée rationnelle

Des scientifiques bâlois ont comparé avec minutie les coûts de nombreuses prestations de services de tous les cantons. Les chiffres utilisés n'étaient pas toujours les plus actuels. Par ailleurs, il n'est pas toujours possible de comparer les coûts directement et à l'identique. Les coûts du bilinguisme n'apparaissent tout simplement pas dans les cantons de Suisse orientale. Les dépenses liées à la chasse sont sans doute faibles dans le canton de Bâle-Ville. Et le

montant lié aux paravalanches y est encore plus petit. Bref, toute comparaison de coûts entre les cantons suisses doit être considérée avec réserve.

Berne ne peut pas tout s'offrir

Une fois les coûts de tous les domaines d'activité définis par les experts externes et une moyenne suisse de 100% déterminée, le Conseil-exécutif a fixé pour le canton de Berne une limite de 92% de ces coûts moyens. On ne pouvait apparemment pas financer plus que cela. Berne, avec sa vaste étendue, sa diversité culturelle et ses grandes banlieues, doit donc s'en sortir avec moins d'argent que des petits cantons compacts ayant une situation centrale. Tout ça parce que les recettes fiscales dans notre canton sont trop faibles. Avec les fonds issus de la péréquation financière nationale, le canton de Berne ne peut, pen-

dant plusieurs années, que s'offrir un niveau de prestation de 92% des dépenses moyennes de tous les cantons.

Le Conseil-exécutif a ensuite réparti les mesures d'économie possibles dans deux pots. Dans le pot numéro 1 se trouvaient les projets qui pouvaient, de son point de vue, être mis en œuvre. Les économies ainsi réalisées ont été intégrées dans le budget 2014. Le pot numéro 2 contenait les mesures que le Conseil-exécutif qualifiait d'irréalisables.

Décisions parlementaires arbitraires

De façon totalement arbitraire, le Grand Conseil a supprimé certaines mesures du pot numéro 1 et les a remplacées par des mesures du pot numéro 2. Il a en outre développé et imposé ses propres solutions pour faire des économies. Le personnel de



Le président de l'APEB veut la solution la plus optimale...

Photo: Ritz

psychiatrie est particulièrement touché. Mais la réduction des postes de pasteurs, de garde-pêche, d'enseignants, d'ouvriers forestiers affaiblit aussi le service public de façon considérable. Une faible augmentation des impôts aurait, dans une votation populaire, certainement réuni plus de voix que toutes ces mesures de réduction.

L'APEB ouvre l'œil

En principe, l'APEB ne s'oppose pas aux réductions de postes. Pour l'APEB, une suppression de postes est acceptable si et seulement si les personnes concernées sont informées en temps opportun (l'Ordonnance sur le placement du personnel parle de 12 mois), qu'elles sont prises en charge et conseillées de manière appropriée, qu'elles sont reclassées en interne ou en externe, de sorte que personne ne perd son travail. Le secrétariat propose à toutes les personnes concernées ses services de conseil et, si nécessaire, un soutien juridique externe.

Nous aurons sûrement des choses à dire l'année prochaine sur les conséquences de cette vague d'économies drastique et sur les corrections devenues nécessaires.



...et bien sûr aussi Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB.

Photo: Zryd

Manifestation, nouvelle Loi sur les caisses de pension et plans d'austérité

De nombreux objets importants en termes de politique du personnel ont été discutés cette année au sein du Comité directeur, du Comité central et lors de l'Assemblée des délégués. Le secrétariat s'est attaché à préparer et mettre en œuvre les décisions prises par les organes de l'association. Et les sections ont activement œuvré pour défendre les intérêts des membres.



Le directeur de l'éducation, Bernhard Pulver, ne tourne qu'en apparence le dos au personnel.

Photo: Adrian Moser

Secrétariat

Il y a eu un nouveau changement au secrétariat. Mila von Allmen a pris une retraite bien méritée. Elle avait intégré le secrétariat de l'APEB en 1999. Cette longue collaboration avait permis à Mila von Allmen de connaître les membres, les problèmes et les travaux de l'APEB sur le bout des doigts et d'accomplir son travail avec discernement et habileté. C'est Sabine Ritz qui a pris sa succession au secrétariat.

Comité directeur

Au cours de l'exercice, Erich Frauenfelder, Otto Aeby et Erwin Balsiger ont atteint la limite de durée de fonction. Ils ont pendant plusieurs années été à l'origine de nombreuses idées et impulsions positives et constructives au sein du Comité directeur de l'APEB. Les nouveaux membres du Comité directeur ont été élus et ont le bon profil. La présidente de la Société pastorale, Barbara Schmutz, a non seulement

une bonne vision des choses, mais aussi un vif intérêt pour les préoccupations du personnel cantonal. Stefan Egger, le président de l'Association des cantonniers du canton de Berne, connaît parfaitement les souhaits du personnel de maintenance cantonal et est donc en mesure de représenter efficacement son point de vue. Vice-président de la section HTP/Insel, Giorgio In-som remplace Otto Aeby, de la même section, ce qui présente beaucoup d'avantages

pour l'APEB. Bien que son mandat au Comité directeur se termine, Erwin Balsiger accepte de continuer à exercer les fonctions de trésorier de l'association.

Au cours de l'exercice, les neuf membres du Comité directeur ont participé à un total de neuf réunions. Le Comité directeur a travaillé principalement sur les objets suivants: manifestation du 16 mars, Loi sur les caisses de pension avec la question du référendum, Loi sur le statut du corps enseignant avec la modification de la Loi sur le personnel et les plans d'austérité.

Protection juridique

Au cours de l'exercice, 90 (année précédente: 93) affaires ont été soumises à la décision ou à la consultation du Comité de protection juridique de l'APEB. Vingt-cinq (20) nouvelles demandes de protection juridique ont été traitées. Les agentes et agents de police ainsi que les membres de la Société pastorale étaient fortement concernés. Au total, 17 (22) cas ont pu être réglés. Le cas le plus ancien date de 2007 et devrait trouver son épilogue l'année prochaine.

Comité central

Le Comité central a tenu sa réunion de printemps le 2 mai à Berne. Il s'est notamment penché sur la question des caisses de pension et la révision de la Loi sur le statut du corps enseignant avec la modification de la progression salariale pour l'ensemble du personnel. Bien que le Conseil-exécutif ait considérablement péjoré la proposition de consultation relative à la loi sur les caisses de pension, cette dernière demeurerait une bonne solution de compromis. Mais le Comité central a reporté sa prise de position définitive.

Au Comité central, il y a eu les modifications déjà mentionnées au sein du Comité directeur. Peter Bernasconi a en outre annoncé son intention de démissionner de sa fonction de président de l'APEB en 2014, à la fin de sa législature au Grand Conseil. La section Bibliothécaires avait demandé que l'achat de chèques REKA passe à CHF 1000.- avec une réduction de 5% ou CHF 1500.-. Une analyse de données a permis

d'expliquer les raisons pour lesquelles le Comité directeur rejette les demandes. Les frais supplémentaires pour l'APEB en cas de doublement de la réduction ou du volume d'achat de chèques REKA s'élèveraient à CHF 15 000. A l'unanimité moins deux voix, le Comité central a rejeté les demandes de la section Bibliothécaires et a décidé le statu quo en ce qui concerne l'achat des chèques REKA.

Le Comité central s'est réuni une nouvelle fois le 18 octobre. La Loi sur les caisses de pension a été de nouveau au cœur des débats. Le Grand Conseil avait adopté définitivement la loi lors de la ses-

est possible d'accorder trois échelons de salaire en moyenne chaque année. Voilà un résultat réjouissant dû à l'inlassable combat de l'APEB.

Assemblée des délégués

Le 21 juin, 109 délégués de l'APEB titulaires du droit de vote ont participé à l'Assemblée annuelle qui s'est tenue à l'hôtel de ville. Conférencier invité, Bernhard Pulver a informé les délégués sur la situation politique actuelle: suite à la première lecture, les conséquences de la Loi sur les caisses de pension pour le personnel n'étaient pas réjouissantes. Au cours de la session de



Les membres de l'APEB réclament des améliorations.

Photo: Adrian Moser

sion de septembre. L'entrée en vigueur a été suspendue par le lancement du référendum. Ce dernier pose de nouveaux défis à l'APEB. La question concernant les recommandations de vote n'a pas encore été réglée. Il fallait d'abord attendre de savoir si les 10 000 voix seraient rassemblées. La Loi sur le statut du corps enseignant et, indirectement, la Loi sur le personnel ont été adoptées et seront mises en application. En vertu de la nouvelle Loi sur le personnel, il

juin, le Grand Conseil s'est prononcé contre la proposition du Conseil-exécutif de procéder à l'assainissement des caisses de pension dans un délai de 38 ans, préférant un délai beaucoup plus court de 20 ans. Le Conseil-exécutif réessaierait toutefois de prolonger le délai d'assainissement des caisses de pension à l'occasion de la deuxième lecture en septembre. Concernant la Loi sur le statut du corps enseignant et la Loi sur le personnel, le Grand Conseil ne

prévoyait aucune amélioration pour le personnel dans un premier temps. Le Conseil-exécutif a néanmoins confirmé sa volonté de garantir l'augmentation de la masse salariale de 1,5%. Il était convaincu que ceci serait également possible dans le cadre du programme EOS.

A ce stade, rien n'a été décidé concernant la nécessité ou non de lancer le référendum sur la question des caisses de pension. Le Comité central a décidé d'attendre la deuxième lecture.

Par ailleurs, la révision des statuts a été adoptée à l'unanimité par l'Assemblée des délégués.

Une Assemblée extraordinaire des délégués a été convoquée le 12 septembre, à laquelle ont participé 83 titulaires du droit de vote. L'objectif était d'analyser les résultats de la deuxième lecture de la Loi sur les caisses de pension et de la Loi sur le statut du corps enseignant/Loi sur le personnel et de voter les éventuelles mesures nécessaires. La situation politico-financière d'alors laissait peu de marge de manœuvre pour trouver des alternatives à la Loi sur les caisses de pension adoptée. Les délégués ont voté à l'unanimité contre le lancement d'un référendum par l'APEB.

Sections

Les sections constituent toujours la colonne vertébrale de l'APEB. Il faut toutefois s'attendre à des temps difficiles pour le personnel cantonal en raison des plans d'austérité et de la menace d'un double non à la Loi sur les caisses de pension. L'assainissement des caisses de pension peut coûter extrêmement cher au personnel de l'Etat. L'EOS a également des conséquences négatives pour les employés cantonaux. En quatre ans, ce sont bien plus de 600 postes qui devraient disparaître. Une telle réduction n'est acceptable pour l'APEB que si les prestations sont diminuées dans le même temps. Elle ne devrait en outre pas donner lieu à des licenciements. Les **employés en psychiatrie** sont particulièrement touchés et entre 50 et 60 postes sont menacés de disparition. Les directions des trois établissements sont fortement mises à contri-



Défilé massif lors de la manifestation.

Photo: Ritz

bution. Il faut trouver des solutions socialement acceptables. Au **PZM**, un service entier a été fermé et de nouveaux postes de travail doivent être trouvés pour 20 employés. Fritz Hodler, président de la section PZM depuis de nombreuses années, prend sa retraite début 2014, mais il a déjà un successeur. Il n'en va pas de même pour l'Association des sections locales bernoises (**VBOG**, Vereinigung Bernischer Ortsgruppen). La VBOG était une grande section avec près de 1000 membres. Face à l'impossibilité de lui trouver un nouveau président, la section a dû se dissoudre au cours de l'exercice. Ses membres font toutefois toujours partie de l'association: en tant que membre individuel ou en tant que membre d'une autre section. Le canton de Berne emploie de plus en plus d'universitaires. Là où il s'agit de mettre la main à la pâte, les travaux sont de plus en plus externalisés. Que ce soit en forêt ou sur la voirie. Les collaborateurs de les **Forêts do-**

maniales bernoises ont déjà dû faire face à deux réorganisations. Beaucoup d'entre eux ont perdu leur emploi. Il en reste tout juste un tiers. La section espère la sécurité de l'emploi. Il faut trouver des solutions socialement acceptables concernant les nombreux licenciements. Quatorze postes sont supprimés. A l'**Inspection de la chasse**, six sur une quarantaine. Dans la **police**, une centaine, dont quelques-uns qui ne sont toutefois pas encore pourvus. Et dans l'**entretien des routes**, 20 à 25 emplois disparaissent. Les **pasteurs** sont également sous le feu. Le budget paroissial étant presque exclusivement constitué de charges de personnel, il est prévu de supprimer une trentaine de postes. L'effectif de **garde-pêche** va diminuer de 14% à 21% d'ici fin 2017. Etant donné qu'il n'y a que 14 gardes-pêches, ce domaine est proportionnellement bien plus durement touché que l'administration centrale ou le **corps de police**, par exemple.

A l'Assemblée générale des **agents de poursuite**, il a été demandé que, dans le cadre de la révision de la Loi sur les caisses de pension, ces derniers bénéficient de la même réglementation spéciale que le **corps de police**. C'est-à-dire que la rente maximale puisse être atteinte trois ans plus tôt. Il faudrait alors toutefois que les personnes concernées et leur employeur versent un supplément de 1,5% du salaire assuré aux caisses de pension. Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB, voit la même problématique chez les **cantonniers** ou les **forestiers-bûcherons**. Car eux aussi sont soumis à une forte contrainte physique ou psychique. Il a présenté une demande d'ajustement lors des consultations de la Loi sur les caisses de pension. Celle-ci a malheureusement été rejetée.

Au cours de l'exercice, les **ateliers d'apprentissage de Berne** (LWB, Lehrwerkstätten Bern) ont fêté leur 125^e anniversaire. Pendant dix jours, les personnes intéressées ont pu voir les LWB de plus près lors des «Semaines portes ouvertes». La section des **greffières et greffiers bernois** a atteint un niveau record de 40 actifs. En 2013, il y a eu dix nouveaux arrivants et trois départs. La section **HTP**



Un signal fort a été donné sur la Place fédérale.

Photo: Adrian Moser

s'est également renforcée. Suite au regroupement du personnel technique et de maintenance et de l'Hôpital de l'île, la section compte désormais plus de 220 membres. Concernant la section des **Hauts fonctionnaires de l'Etat**, on est parvenu à s'adjoindre la vice-chancelière du canton de Berne, Christine Aeschmann, pour succéder à Max Suter à la présidence.

En vertu des nouveaux statuts, l'**association des retraités**, qui compte plus de 1800 membres, a désormais le statut d'une section et a en même temps le droit de siéger au Comité directeur. Ce changement de statut reflète non seulement la taille de la section, mais aussi ses activités étendues. L'association des retraités a par exemple participé activement et à ses frais à la manifestation du 16 mars. Contrairement à d'autres associations de personnel, l'APEB a une association de retraités très active. La grande solidarité des retraités avec les actifs est très réjouissante. Au

cours de l'exercice, l'association des retraités a organisé diverses manifestations auxquelles ont pu participer tous les membres retraités de l'APEB.

Les **garde-faune** défendent leurs intérêts avec détermination. Et avec succès. L'indemnité kilométrique pour l'utilisation de véhicules privés était depuis longtemps critiquée pour son insuffisance. Désormais, des véhicules de fonction sont mis à disposition. Concernant la grille des salaires, il est maintenant possible de gravir des échelons après avoir suivi une formation professionnelle fédérale. Ces améliorations ont été obtenues avec l'aide de l'APEB après cinq ans de combat.

La mise en application de ce que l'on appelle le Jugement Orange pour le personnel cantonal constitue un succès modeste mais précieux pour l'engagement indéfectible et la longue collaboration avec le SSP: les indemnités pour le travail de nuit et de week-end ainsi que pour le service de pi-

quet ont augmenté de 10,64%. Pour nombre d'employés cantonaux, ce supplément est extrêmement important.

La liste des activités des sections et des personnes concernées par les programmes d'économie n'est pas exhaustive. Dans les années à venir, il va falloir faire des économies dans le canton de Berne et assainir les caisses de pension. Beaucoup seront durement touchés. La réduction de personnel menace de nombreuses catégories professionnelles. Les programmes d'économies laissent des traces. L'APEB continue de lutter en faveur de conditions de travail acceptables, de salaires compétitifs et d'une offre de prestations assurée.

L'APEB ne pourrait exister sans ses présidentes et présidents actifs, qui sondent le moral des troupes et tiennent les organes directeurs informés. Nous profitons de l'occasion pour remercier tous les membres actifs de l'association pour leur engagement.

Editorial

Une année mouvementée

Durant cet exercice, des décisions importantes ont été prises en matière de politique du personnel. L'APEB a enregistré un succès marquant puisque désormais la progression fiable des traitements est ancrée dans la Loi sur le personnel. Gouvernement et Parlement ont reconnu le problème du canton de Berne en ce qui concerne les salaires. Ils ont décidé de fixer des bases pour une progression fiable des traitements.

Par Peter Bernasconi, président



Le personnel de l'Etat se serre les coudes et exige des perspectives pour le canton de Berne.

Photo: Adrian Moser

Durant les débats sur le budget 2014, la progression des salaires pour le personnel n'a pas été remise en cause. Par contre, de sévères mesures d'économies ont été prises pour la population bernoise. Elles touchent également durement le personnel de l'Etat.

Certains employés en sentiront les effets cette année, d'autres dans les années à venir. Une des tâches centrales de l'APEB est de conseiller ses membres en cas de suppressions de postes, de réductions de rentes ou de mutations.

L'objet principal de l'exercice écoulé a été l'adoption, par le Grand Conseil, de la nouvelle caisse de pension durant la session de septembre. Le changement de primauté, peu réjouissant, doit être compensé par de nombreuses contributions du canton pour combler le découvert des deux caisses de pension. Par ailleurs, une somme élevée est prévue pour maintenir aussi à l'avenir les rentes qu'on peut espérer en ce moment. Il n'en demeure pas moins que le relèvement de l'âge de la retraite de 63 à 65 ans est un énorme préjudice.

En 2014, on saura si les citoyennes et citoyens du canton de Berne accepteront ou non la nouvelle loi. Par ailleurs, l'Assemblée des délégués élira ma ou mon successeur. Cet exercice est donc ma dernière année de mandat en tant que président de l'association. C'était une année extrêmement importante sur le plan de la politique du personnel.

14 Progression salariale

Révision

Le Conseil-exécutif présente une révision de la Loi sur le statut du corps enseignant.

15 Manifestation

Halte au démantèlement

20 000 employés ont réclamé: offre de prestations fiables, salaires concurrentiels, conditions de travail acceptables.

16 LCP

Nouvelle LCP

Projet principal, projet alternatif, référendum: aucune solution n'est encore en vue.

Note

Comptes 2013

Les comptes 2013 de l'association bouclent sur un bénéfice. Plus de détails en page 12.